

# Stettiner Zeitung.

Morgen-Ausgabe.

Dienstag, den 24. Januar 1882.

Nr. 39.

Stettin, 24. Januar. Nachstehend geben wir die von dem Vertreter unserer Stadt Herrn Stadtrath Schultze in der 31. Sitzung des Reichstags (21. Januar) gehaltene und mit großem Beifall aufgenommene Rede, betr. den Beitrag des Reichs zu den Kosten des Anschlusses der Freien Stadt Hamburg an das deutsche Zollgebiet, die wir gestern bereits im Auszuge mittheilten, unseren Lesern nach dem Stenogramm wieder. Sie lautet:

Von meinem Freunde Bamberger, mit dem auch in allen wirtschaftlichen Fragen in Uebereinstimmung zu wissen mir von bedeutendem Werth ist, mich in der vorliegenden Frage trennen zu müssen, war mir schon vor seiner geistigen glänzenden Rede ein etwas peinlicher Gedanke. Auch bin ich nicht ohne Bedenken, ob es nach seinen zerstreuten Ausführungen wohl noch möglich ist, vom gleichen politischen Standpunkte aus eine Verteidigung der Vorlage zu unternehmen. Aber ich will mich lieber eines politischen Fehlers als eines Mangels an Muth meiner Ueberzeugung zeigen lassen, die auch durch Bambergers Rede, der ich in manchen Punkten beistimmen kann, nicht erschüttert ist. Wenn er im hohen Maße seines Geistes sich über alle Hindernisse glatt wegsetzt, wie ein genialer Schriftsteller mit der Feder in der Hand von seinem Büchertisch aus leicht über alle Berge steigt, so stehe ich als einfacher Geschäftsmann mit allen in ihren Lebensinteressen theils gefährdeten, theils geschädigten Berufsgenossen am Fuße dieser berghohen Schwierigkeiten und finde keinen gangbaren Weg, über dieselben hinwegzukommen. Er schaut derartige Berge von seiner gemüthlichen Bibliothek aus in wohlworbener und wohlverdienter Behaglichkeit wie aus weiter Ferne, während wir, noch unmittelbar im praktischen Leben stehend, genötigt sind, täglich derartige Berge zu erklimmen, welche ohne unser Zutun aufgeschürmt wurden. So können wir, obwohl im Prinzip keine Gegner, doch zu einer ganz verschiedenen Beurtheilung derselben Frage gelangen, die in unseren Augen eben eine ganz verschiedene Gestalt annimmt.

Es handelt sich für mich einfach um eine rein praktische Politik in einer materiellen Frage, die für den Gesamtmarkt Deutschlands, seinen Antheil am Welthandel, insbesondere aber auch für eine gedeihliche Weiterentwicklung des Geschäftsverkehrs in unseren Häfen von hervorragender Bedeutung und großer Tragweite ist. Die Frage, ob der Anschluß

in der stipulirten Form der Opfer werth ist, welche für ihn gebracht werden sollen, würde ich zunächst entschieden verneinen wenn ich die Möglichkeit sähe, den Zustand, wie er bis 1879 in Hamburg bestand, in der Weise festzuhalten, daß nur eine ruhige, organische Weiterentwicklung aller Handels-einrichtungen und Verhältnisse Hamburgs sich vollzöge, wie sie bereits in den letzten Jahren angebahnt ist, um dem Aufschwung namentlich Antwerpens und anderer Hafenplätze die Waage zu halten. Hamburg ist genötigt gewesen und wird es auch in Zukunft sein, zur Abwehr dieser Konkurrenz bedeutende Aufwendungen zu machen, wobei allerdings mehr als die Hälfte des Betrages sich ersparen lassen würde, den wir heute für diese Zwecke bewilligen sollen und womit eine wesentlich geringere Schädigung von Privatinteressen verknüpft wäre. Durch die plötzliche Unterbrechung erwachsen auch vergrößerte Kosten und in diesem Sinne wäre der dadurch erreichte Anschluß der Opfer nicht werth, die für ihn gebracht werden sollen. Ich würde auch zu einem Nein kommen, wenn die 40 Millionen quasi als eine dem Hamburger Handel gewährte Subvention angesehen werden könnten. Aber ernste Erwägungen bestimmen mich zu einem endgültigen Ja. Daß das Reich zu den Kosten für den Anschluß Hamburgs beitragen werde, galt immer, auch als die Frage noch nicht eine brennende war, als selbstredend, und 40 Millionen sind gegenüber den Opfern, welche Hamburg zu bringen hat, kein exorbitanter Betrag. Ich betrachte ihn nur als einen Impuls für Hamburg zu einer schnelleren Umgestaltung seiner Hafen- und Handelsanrichtungen, welche dem ganzen Vaterlande zum Nutzen gereichen werden. Herrn Bambergers Augen sind zwar durch die reizende Lage seines Sommeraufenthaltes sehr verwöhnt, aber wenn er mir nach 10 bis 12 Jahren auf der Hamburger Seewarte ein Rendezvous geben wollte, so wird er durch das Bild, das sich ihm repräsentiren wird, angenehm überrascht sein; die kleinen Zollbuden, die veralteten Einrichtungen werden verschwunden sein und ein neues Hafengebiet aus einem Guß, ausgerüstet mit allen Einrichtungen, um die Konkurrenz aller Häfen der Welt zu bestehen, und mit allen dauernden gewährleisteten Privilegien eines Freihafens wird vor ihm liegen. Hamburg muß von der Unsicherheit seiner Zukunft befreit werden, welche bereits auf den Ausbau seiner Verkehrseinrichtungen wesentlich verlang-

samend gewirkt hat. Ein Definitivum muß geschaffen werden, das trotz aller ihm anhaftenden großen Mängel das Gegenwärtige zu sichern trachtet und Ruhe bringt, mehr als ein bessere Chancen bietendes Provisorium dies vermag. Senat und Bürgerschaft haben zugestimmt, allerdings in einer gewissen Zwangslage, obwohl sie und Herr Wolffson heute gewiß ruhiger über die ganze Sache denken als in der Zeit aufregender Kämpfe. Ueber die Kommission, ihre Arbeiten oder vielmehr Nichtarbeiten hat Herr Bamberger gestern Bemerkungen gemacht, die an das Wort Paulus an die Chorinter erinnern: „euer Ruf ist nicht fein.“ Ihre Thätigkeit war mit großen Schwierigkeiten verknüpft, und wenn sie sich nicht in corpore nach Hamburg begeben konnte, so hätte ich gewünscht, daß ihr Vorsitzender einige Mitglieder dahin deputirt hätte, um sich über die in Hamburg gegenwärtig herrschende Stimmung Gewißheit zu verschaffen. Ich war dort und habe überall, auch von Herrn Wolffson, den Eindruck empfunden, daß man die Annahme der Vorlage erwartet, um endlich diesem Zwitterzustand ein Ende zu machen und ein Definitivum zu schaffen. Auch drücken die frisch gewählten Vertreter Hamburgs die gegenwärtige Stimmung ihrer Stadt besser aus als die früheren. Herr Sandmann sprach gestern ganz in meinem Sinne, Herr Dr. Rée sprach sich privatim mir gegenüber ebenso aus, und diese beiden Herren repräsentiren doch die Hälfte der Hamburger Bevölkerung. Ihr Urtheil hat also für uns einen besonders hohen Werth. (Zustimmung rechts.) Aber im Vordergrund steht für mich nicht das Interesse Hamburgs, sondern des deutschen Handels. Unsere jahrelangen Bestrebungen, in Preußen verbesserte Einrichtungen und Erleichterungen in den Schiffsfahrtsabgaben und im Zollverfahren zu erlangen, waren fruchtlos. Jetzt sind sie in Hamburg für den großen Welthandel als notwendig erkannt, man wird sofort daran gehen, sie durchzuführen. Ich habe mit Freunden gestern begrüßt, daß man auf allen Seiten des Hauses die Eindrücke empfangen hatte und der Ansicht war, daß diese Verbesserungen des Verkehrs sofort ganz Deutschland mit seinem Handel zugänglich gemacht werden müßten, und wenn ich recht verstanden habe, theilt auch die Regierung diesen Standpunkt. Ich begrüße das meinerseits mit Freuden, weil ich der Ansicht bin, daß das Aufblühen des Handels überall der Gesamtheit zu

Nutzen gereichen muß, es scheint doch wirklich, m. H., als ob in den Regierungskreisen, seitdem sich dieselben eingehend mit dieser Hamburger Frage beschäftigt haben, eine ganz andere Beurtheilung der Bedeutung des Handels und speziell der Freihäfen Platz gegriffen hätte. Es könnte Einem heute fast wie ein Traum vorkommen, wenn man sich der Reden erinnert, die noch vor Jahr und Tag in diesem Hause gehalten worden sind über die Schädlichkeit des Zwischenhandels, über die Schädigung der nationalen Interessen durch den Fortbestand der Freihäfen. Davon ist nicht mehr die Rede! Können Sie es mir von meinem Standpunkt aus verargen, wenn ich mich dieser erwachten besseren Erkenntniß freue und dieselbe dauernd befestigt zu sehen wünsche? Ich bin einmal der Ueberzeugung, daß eine richtige Würdigung des Handels in unserem Vaterlande, ein Einlen der Bahn für denselben für eine freie selbstständige Entfaltung seiner Thätigkeit nach allen Richtungen hin unserem Gesamt Vaterlande zum Segen gereichen wird und bald uns einen reichen Ertrag schaffen dürfte für alle Opfer, welche wir hier bringen können. Ich bitte Sie deshalb, stellen Sie sich auf den Boden der Thatfachen, schaffen Sie ein Definitivum in dieser Hamburger Frage, so werden Sie nicht allein das Beste für Hamburg, sondern auch das Beste für unser Gesamt Vaterland thun. Nehmen Sie die Vorlage an. (Bravo.)

Berlin, 23. Januar. Bei der heute fortgesetzten Ziehung der 4. Klasse 165. Igl. preuß. Klassen-Lotterie fielen:

1 Gewinn von 30,000 M. auf Nr. 2550.  
3 Gewinne von 6000 M. auf Nr. 33022  
73286 83767.

35 Gewinne von 3000 M. auf Nr. 2676  
2716 5784 8999 13496 14309 14828 16155  
18837 19173 19336 19908 19918 20662  
22598 25665 25891 30824 32978 35241  
43081 49243 50656 58296 64671 66470  
68289 74125 75298 80876 82324 83213  
84210 89162 92998.

65 Gewinne von 1500 M. auf Nr. 1354  
2329 5815 8256 8688 10857 11645 12841  
13952 14142 16616 17571 18045 22092  
24180 25709 27502 28075 32709 32832  
33965 34517 36393 38006 38859 43710  
44077 45171 47242 49544 49965 51833

## Genilleton.

### Vom Mörder des Präsidenten.

New York, 6. Januar 1882.

Die Gerichtsverhandlung über Guiteau beschäftigt die öffentliche Aufmerksamkeit in einem Grade, wie es sonst nur die Entdeckung neuer Gold- und Silberminen und kaum ein anderes Ereigniß im Stande war. Es ist aber bei der merkwürdigen Art der Prozeßführung noch immer nicht abzusehen, wann die Verhandlung ihr Ende erreicht, und ich glaube, das Urtheil wird noch immer nicht gesprochen sein, wenn diese Zeilen das Licht der Welt jenseits des Ozeans erblicken werden. Darüber ist kein Zweifel, wie das Urtheil beschaffen sein wird, die Mehrheit der Bevölkerung ist darüber einig. Man sorgt bereits gewissermaßen für Guiteau's Unsterblichkeit, worin eine Andeutung liegt, daß es mit seinem irdischen Dasein bald zu Ende gehen dürfte. Schon in den letzten Gerichtsungen im vorigen Jahre begriff der Mörder augenscheinlich, daß die Gefahr, gekenkt zu werden, sich ihm näherte, und mit Haß und Wuth schleuderte er Mr. Scoville, seinem Verteidiger, die ärgsten Schmähungen zu. Er schrie, dieser sei ein vollendeter Narr, ohne Bestand und Witz, der seinen Prozeß nur kompromittire, und befahl ihm, sich zu entfernen. „Wenn ich nur wegen vorsätzlichen Todtschlags vor Gericht stände und dieser Scoville mich verteidigte“, schrie Guiteau, „er brächte es gewiß dazu, daß ich wegen Mordes gekenkt würde. Ich erwarte aber, daß der Unmüthige, trotz des eifersüchtigen Charakters Scoville's, dazu sehen wird, daß ich geschützt werde.“ Was die Sorge für eine gewisse Art von Unsterblichkeit des Präsidentenmörders betrifft, wurde Guiteau in seinem Gefängnisse von dem berühmten amerikanischen Bildhauer Clark Mills und dessen Sohn Theodor besucht, die einen Gypsabguß von

dem Kopfe des Mörders nahmen. Als Guiteau mitgetheilt wurde, daß er zu diesem Zwecke rasirt werden müsse, opponirte er lebhaft mit der Behauptung, daß dies sein Kinn zu vorstehend und seine Nase zu groß machen würde. Er sah mit dem Barte viel besser aus. Der Bildhauer erwiderte: „Mr. Guiteau, vergessen Sie nicht, daß die Nase ein Zeichen von starkem Charakter ist.“ Mit Eifer und Wärme entgegnete der Gefangene: „Es handelt sich hier nicht um die Charaktere, sondern um die Schönheitsfrage. Ich bin dagegen.“ Sehr ernst antwortete der Bildhauer: „Es ist notwendig, den ganzen Gesichtsausdruck sehr genau wiederzugeben und so der Nachwelt einen getreuen Typus für wissenschaftliches Studium zu bewahren, daß große Nasen starke Charaktere anzeigen.“ Noch immer wollte Guiteau das Abnehmen eines Gypsabgusses nicht gestatten. — „Nun,“ sagte Mr. Mills, „ich habe solche Abgüsse von sehr bedeutenden Männern gemacht, von Daniel Webster, Abraham Lincoln, Präsident Garfield und Anderen von großem Ruhme, und da Sie ebenfalls so rasch eine große Distinktion erreicht haben, würde ich es mir zur Ehre anrechnen, dasselbe auch bei Ihnen zu thun.“

Dieser Appell an Guiteau's Ehrgeiz war wirksam. Er lächelte eine Weile selbstzufrieden und dann stimmte er zu, sich rasiren zu lassen. Der Barbier des Gefängnisses kam, und während der Fingervorgabe verhielt sich Guiteau sehr geduldig. Die Komplimente Mills' hatten ihn derart entzückt, daß er sich vom Lächeln nicht zurückhalten konnte, während der Gypsabguß auf seinem Gesichte war, in Folge welchen Umstandes die Gypsmaße runzelig wurde und ausgebessert werden mußte.

„Nun, was denken Sie von meinem Kopfe, Mr. Mills?“ fragte Guiteau. Der Bildhauer erwiderte: er wolle erst warten, bis der Abguß fertig sei. Früher könne er vernünftiger Weise keine Meinung abgeben. Am folgenden Tage erklärte Clark Mills: Das Messen des Kopfes des Mör-

ders zeigte, daß dessen Umfang 23 1/4 Zoll, das Organ der Selbstschätzung 6 1/2 Zoll, das der Charakterfestigkeit 6 1/4 Zoll habe. Ferner fand Mills bei seiner Untersuchung des Gefangenen, daß die linke Seite des Kopfes normal ist, während die rechte Seite beinahe flach und wie durch Krankheit verkümmert erscheint. Die Stirne ist um einen Zoll kürzer als der Hinterkopf, und Mills behauptete: es sei der selbstsamst geformte Kopf, den er jemals gesehen.

Ehe Guiteau seinen Bart der Rücksicht auf die Nachwelt opferte, erhielt er auch einen Besuch von Frau Dunmire, der von ihm geschiedenen und nun an einen Mr. Dunmire verheiratheten Frau, die in Begleitung ihres zweiten Mannes und mit ihrer kleinen Tochter in die Zelle trat. Der unerwartete Besuch verwirrte den Gefangenen ein wenig und für ein paar Augenblicke ließ er sein Haupt sinken; aber plötzlich wurde er wieder heiter, schritt den Besuchern entgegen, und nahm die Hand der Frau Dunmire, indem er sagte, daß es ihm angenehm sei, sie zu sehen. Sie war sehr bewegt und Thränen vollten über ihre Wangen herab, indem sie sagte: „Charlie, es schmerzt mich sehr, Sie in solcher Lage zu finden.“ — O, denken Sie daran nicht,“ sagte der Gefangene ruhig. „Es thut mir nur leid, daß der Schuft (augenscheinlich bezog sich das auf den District-Attorney) Sie hierher gebracht hat. Aber er wurde gekaufst in seiner Absicht. Wie Sie sehen, that ich nichts, Sie in Verlegenheit zu bringen.“

„Ich bin gekommen, um Ihnen Lebewohl zu sagen, Charlie,“ sagte Frau Dunmire, offenbar begierig die Zusammenkunft zu beenden, „denn ich werde Sie wohl niemals wiedersehen.“ Dann streckte sie dem Gefangenen weinend ihre Hand entgegen. Guiteau aber wandte sich, wie in der Absicht, den Besuch zu verlängern, gegen das kleine Mädchen, fragte, wie alt es sei, setzte aber, ohne die Antwort zu beachten, gegen Frau Dunmire hinzu, während ein seltsamer Ausdruck über sein Gesicht

glitt und seine dünnen Lippen nervös zuckten: „Anna, ich kann Ihnen kein Leid wünschen. Ich hoffe, Ihr Leben wird glücklich und glücklich sein.“ Herr Dunmire, der mannehrige Gatte der von Guiteau Geschiedenen, der bis dahin ein stiller Zuschauer gewesen, trat jetzt an Guiteau heran und sagte: „Guiteau, ich muß Ihnen ebenfalls Lebewohl sagen. Wir werden vielleicht nie wieder uns begegnen.“ Guiteau nahm die dargebotene Hand, aber wandte sein Gesicht ab. Ohne auf seine Antwort zu warten, setzte Dunmire hinzu: „Wir sagen Ihnen jetzt Lebewohl, denn ich hoffe, wir werden am Montag wieder in Leadville sein. Es ist hier zu enge für mich.“ „Es ist auch für mich hier zu enge,“ unterbrach ihn Guiteau mit einem geisterhaften Lächeln. „Ich wollte, daß ich ein Arbeiter wäre draußen in Leadville.“ Das glaube ich auch.

Die That Guiteau's hat dazu geführt, daß im Weißen Hause zu Washington eine neue Ordnung der Dinge durch den Präsidenten Arthur bestimmt wurde. Die Ermordung Garfield's hat eine Lehre gegeben, die nicht unbeachtet bleiben soll. Die Zulassung von Publikum ins Weiße Haus ist jetzt an strenge Vorsichtsmaßregeln gebunden. Niemand steht jetzt mehr den Präsidenten, der nicht früher dessen Privatsekretär seine Angelegenheit vorgelegt hat. Nur sehr wenigen Personen wird gestattet, die Stiegen zu ersteigen und ihre Plätze in den Wartezimmern einzunehmen, wo noch im letzten Frühjahr oft hundertfünfzig bis zweihundert Personen gleichzeitig harren. Die Praxis, Leute einfach nur zu dem Zweck zu sehen, „um ihnen die Hände zu schütteln,“ will Präsident Arthur ganz abschaffen, und nicht in die Vorzimmer hinausgehen, wie es Garfield zu thun pflegte, der in der Menge umherging und Jedem die Hand reichte. Es finden jetzt Maßregeln im Weißen Hause statt, wie sie dort niemals zuvor im Gebrauch waren.

(N. W. Tgl.)



52307 52515 53813 54477 56147 57201  
59364 59464 60090 60240 61337 63730  
64371 70122 72647 72903 73798 73955  
74035 74615 77646 77946 78530 78700  
82774 83235 83920 88161 88407 88822  
89428 94018 94708.

62 Gewinne von 600 M. auf Nr. 818  
3394 4486 6850 12333 13714 16186 16655  
16983 20210 21962 25583 25640 26316  
27496 29790 31652 31800 33307 39234  
40574 42171 45099 45937 47455 47485  
48448 49189 52396 52467 53983 54008  
55666 56020 58111 59205 59314 60806  
61585 62479 64051 65347 65874 65185  
69298 69412 69590 70087 75115 75609  
77712 80397 80539 82250 82565 83292  
83470 87480 87817 89492 94227 94811.

## Deutschland.

Berlin, 23. Januar. Heute Vormittag fand eine Plenarsitzung des Bundesraths statt. Auf der Tagesordnung standen Mittheilungen des Reichstags-Präsidenten über mehrere Beschlüsse des Reichstags; ferner der Bericht der Reichsschulden-Kommission über die Verwaltung des Schuldenwesens des norddeutschen Bundes und des Reichs, sowie der ihrer Beaufsichtigung unterstellten Fonds u. s. w.; außerdem Anträge, betreffend die Anrechnung von Gemeindefunktionären bei Feststellung des Reichsgehalts von Reichsbeamten.

Die auf Grund der von der „Times“ veröffentlichten Berichte über die „Judenverfolgungen in Rußland“ englischerseits in Pettersburg eine sehr üblen Eindruck gemacht. Das „Journal de St. Petersburg“ bespricht die Sammlungen des englischen Komitees für die russischen Juden und sagt:

Lord Shaftesbury und die Brärlaten, welche an der Spitze der Subscriptions ständen, trieben an der Philanthropie eine beklagenswerthe antireligiöse und demgemäß antiphilanthropische Politik. Die englischen Journale, vor allen die „Times“, hätten über die angeblichen von russischer Seite verübten Gräueltaten Details veröffentlicht, die von willkürlicher Phantasie und evidentester Böswilligkeit zeugten. Die volle Wahrheit sei vielmehr folgende: Nur an dem Eigenthum, nicht an den Personen habe man sich vergreifen, Todesfälle seien nur ganz isolirt vorgekommen und nur dann, wenn die Menge Widerstand gefunden habe. Die Juden hätten zwar Schäden an Eigenthum erlitten, aber es seien mehr Christen als Juden bei den Plünderungen ums Leben gekommen, entweder in Folge von Gegenwehr oder Intervention seitens der Truppen. Die von englischer Seite angegebene Ziffer sei aber so unerschöpflich übertrieben, daß es unmöglich sei, dieselbe näher ins Auge zu fassen. Die Erzählungen von Schändung von Frauen seien reine Erfindung, es sei kein Fall irgendwo konstatiert, keine Klage darüber angestellt worden. Solche Erzählungen müßten begreiflicherweise zur Steigerung des Effektes in den englischen Berichten dienen. Zu welchem Zwecke aber verbreite man diese Lügen und Uebertreibungen? Gerne würde man in Rußland jede Hilfe zur Milderung des Elends angenommen haben, könne man aber eine solche mit Voreingenommenheit und Verleumdungen acceptiren? Ohne Zweifel liege hier ein anderer Grund als das Mitleid vor. Gewisse Leute beabsichtigten, die englische Gesellschaft mit der russischen Gesellschaft zu brouilliren, oder mißfielen vielleicht die guten Beziehungen, welche seit dem Eintritt des Kabinetts Gladstone bestanden, einer gewissen Partei? Denn anders sei diese Verbindung von Lüge und Philanthropie nicht zu erklären. Die Unruhen hätten im April angefangen und sich seit dem Sommer bis zu dem Ereigniß in Warschau nicht wiederholt. Die russische Regierung sei mit der Regelung der Judenfrage beschäftigt, die ausländische Presse möge diese abwarten und nicht die Frage, deren Lösung ohne dieses Schwierigkeiten aller Art biete, verwickeln.

Auch Frau v. Novikov, die bekante bei Gladstone seit Jahren die russischen Interessen wahrnehmende Salonpolitikerin, hat in einer Zuschrift an die „Times“ die Wahrheit der Berichte angefochten. Aber das Cityblatt antwortet, daß die Gründe der Dame für ihre Behauptung nicht stichhaltig genug seien, um die Entrüstung über die gegen die Juden verübten Gräueltaten und das dabei beobachtete unverantwortliche Verhalten gewisser Drangane der Staatsgewalt abzuschwächen.

Dem „Neueren Bureau“ wird vom 21. aus Kairo gemeldet, daß der deutsche Konsul v. Treschow bei den dortigen Behörden eine Beschwerde eingereicht habe, da die bei dem Tumulte gegen die deutschen Wachfigurenhändler anwesende Polizei es unterlassen habe, rechtzeitig einzugreifen.

Berichten aus Hongkong zufolge dürfte die seitens der chinesischen Zollbehörde erfolgte Verhaftung zweier deutschen Unterthanen, Namens Rapp und Schmidt, die irrtümlich als Seeräuber angesehen worden, zu unangenehmen Verwickelungen zwischen China und Deutschland führen. Es ist unter Beweis gestellt worden, daß, als auf das Boot, in welchem sich die Herren Rapp und Schmidt befanden, gefeuert wurde, die deutsche Flagge auf dem Bodmast wehte, und daß eine Untersuchung die vollkommen legitime Beschäftigung der Insassen zu Tage gebracht hätte. Wegen der ungeseligen Einsperkung der zwei Jagdliebhaber beansprucht der deutsche Konsul eine Schadloshaltung von 4000 Dollars, und für die Hinterbliebenen des Mannes, der in dem Kampfe erschossen wurde, verlangt der englische Konsul eine gleiche Summe, sowie 2000 Dollars für das gesunkene Boot. Die Chinesen scheinen geneigt zu sein, ihre Verbindlichkeit in Abrede zu stellen, allein die Konsuln sind unerbitt-

lich, und ihr Verlangen auf schnelle Regelung ihrer Schadloshaltungsansprüche wird von Kommodore Strach und von Vize-Admiral Willes unterstützt.

## Ausland.

London, 19. Januar. Lord Salisbury, dessen Ernennung zum Führer der Konservativen im Oberhause nicht ohne heftige Gegenwehr erfolgte, hat sich, seitdem er diesen schwierigen Posten bekleidet, wenig neue Freunde erworben, dagegen manchen Anhänger verlohren, ein Umstand, der dem einsichtsvolleren Theil der Opposition unumgänglich entgegen konnte. Theilweise in Berücksichtigung desselben, jedenfalls aber, um dem Lande den Beweis zu liefern, daß die Führerschaft der Tories im Oberhause keineswegs mit der Führerschaft der ganzen Partei gleichbedeutend sei, sind in letzter Zeit Versuche gemacht worden, den Marquis von Salisbury Sir Stafford Northcote unterzuordnen, und die Einladungen, die der Ex-Ministerminister Smith an die konservativen Unterhausmitglieder zu dem am Vorabend der Parlaments-Eröffnung stattfindenden Stipendiatenbanquet sandte, lauten: To meet Sir Stafford Northcote and the Marquis of Salisbury. Wer die Bedeutung kennt, welche hier zu Lande derartigen Formlichkeiten beigemessen wird, wird es begreiflich finden, daß die Sir Stafford — in einem offiziellen Dokumente — eingeräumte Präsenz eine sehr reelle Basis hat und keineswegs auf einem Kapus beruht. Wenngleich es zu weit gegangen wäre, an das Vorkommniß den Schluß knüpfen zu wollen, daß Lord Salisbury entsetzt und Sir Stafford die Alleinhegemonie übertragen wurde, so unterliegt es andererseits keinem Zweifel, daß eine derartige Absicht besteht, jedenfalls aber der Welt deutlich zu verstehen gegeben werden soll, daß Sir Staffords Ansprüche auf die Führerschaft der Partei denen des edlen Marquis nicht nachstehen.

Die Vorbereitungen zur Veranstaltung von Meetings, um gegen die Judenverfolgungen in Rußland zu protestiren, nehmen guten Fortgang. Wie ich erfahre, soll eine derartige Versammlung Anfangs Februar im Hyde-Park stattfinden. Außerdem zirkulirt eine Adresse an den Lord-Mayor, um denselben zu veranlassen, ein Meeting in der City einzuberufen. Sunderland gebührt die Ehre, die erste englische Stadt gewesen zu sein, in der die Angelegenheit öffentlich zur Sprache gelangte. Bei einem Meeting der liberalen Association ergriff ein Mr. Fryde das Wort und führte aus, wie es die Pflicht gerade der Partei sei, die in fünf Jahren die bulgarische Agitation hervorgerufen habe, in energischer Weise gegen die schmachvolle Behandlung der russischen Juden zu protestiren. Bis jetzt habe sich jedoch innerhalb dieser Partei, die immer für die Sache der Freiheit eingestanden, noch keine Stimme mit genügendem Nachdruck erhoben und sei es Zeit, daß dies geschehe. Die Rede wurde mit lebhaftem Beifall aufgenommen. Der Vorsitzende verpflichtete den Ausenanderversprechungen Mr. Frydes bei und drückte die Hoffnung aus, daß die Regierung in Petersburg Vorstellungen machen würde, um ähnlichen Schenlichkeiten für die Folge vorzubeugen. Der Parlaments-Abgeordnete Storey sprach sich in gleichem Sinne aus. „Sollte“, so schloß derselbe seine Rede, „die Regierung ihre Pflicht nicht thun und energisch gegen die schmachvollen Szenen, die sich seit neun Monaten in Rußland abgespielt haben, protestiren, dann müssen die liberalen Associationen im ganzen Lande sich aufrufen und den Herren in Downing Street in unzweideutiger Weise zu verstehen geben, daß wir durchaus nicht weniger Sympathien für Juden als für Bulgaren haben und daß die heilige Sache der Toleranz über dem Parteigetriebe steht.“ (Erib.)

## Provinzielles.

Stettin, 24. Januar. In Uebereinstimmung mit einem vom I. Straßentat des Reichsgerichts ergangenen Urtheil vom 29. September 1881 hat das Reichsgericht, III. Straßentat, durch Urtheil vom 23. November 1881 ausgesprochen, daß der Verkauf von Loosen zu einer für bestimmte preussische Provinzen gestatteten Lotterie in einer anderen preussischen Provinz seitens eines Looschändlers nicht als Veranstaltung einer verbotenen Lotterie aus § 286 des Strafgesetzbuchs und auch nicht aus der besonderen Strafbestimmung der preussischen Verordnung vom 5. Juli 1847, betr. den Verkauf von Loosen ausländischer Lotterien, strafbar ist. Wohl aber ist dieser Verkauf als Theilnahme an einer verbotenen Veranstaltung zu bestrafen, wenn der Lotterie-Unternehmer, welchem die Konzession für eine bestimmte Provinz gegeben worden, durch einen Agenten, als Mittelsperson für Rechnung des Lotterieunternehmers, in einer anderen Provinz Loose verkaufen läßt. In diesem Falle ist der Lotterie-Unternehmer wegen Veranstaltung einer verbotenen Lotterie und der Kollekter wegen Theilnahme an diesem Vergehen zu bestrafen.

Die Sonntagsvorstellungen im Bellevue-Theater erfreuen sich regelmäßig des allerbesten Besuchs und finden auch meist verdiente Anerkennung. Wenn dagegen in letzter Zeit dieselbe weniger laut zum Ausbruch kam, ja solche sich oft in Mißmuth verwandelte, so hat diese Erscheinung ihre volle Berechtigung, da auch wir nicht dafür plaidiren können, daß Possen, deren Wirkung vornehmlich in den Kouslets beruht, mit Begünstigung derselben gegeben werden — weil gerade das Orchester im Stadttheater beschäftigt ist. So wurde „Dummkopfs“ und auch „Der Registrator“ auf diese Weise zum Nachtheil des Publikums gestürzt. Die Direktion möge nicht vergessen, daß zum Genuß doppelter Rechte auch die Erfüllung doppelter Pflichten gehört!

Am 21. d. M. fanden in Züllichow die regelmäßigen Ergänzungswahlen zur Gemeindevorstellung statt, wobei von dem Ortsvorsteher Gienow ein Verfahren eingeschlagen wurde, welches dem öffentlichen Urtheile anheim zu geben verdient. Es hatten in der ersten und dritten Abtheilung je zwei Wahlen stattzufinden. Die Wählerliste weist in der ersten Abtheilung die Stettiner Portland-Cement-Fabrik und die Stettiner Dampfmaschinen-Altiengeellschaft als wahlberechtigt nach. Den Bestimmungen des Ortsstatuts und des Gesetzes betreffend die Landgemeinde-Verfassungen vom 14. April 1856 entgegen sind nun statt der beiden Altiengeellschaften, welche sich nur durch stimmfähige Grundbesitzer aus der Gemeinde, oder durch Pächter oder Nießbraucher der zum Wahlrecht befähigenden Grundstücke vertreten lassen können, von dem Ortsvorsteher zwei Herren, Dr. Delbrück und Direktor Stiel, eingeladen und zur Wahl zugelassen worden, welche ihr Stimmrecht bis heute noch nicht nachgewiesen haben. Die Wahl der dritten Abtheilung ging nach gehöriger Beobachtung der gesetzlichen Vorschriften von Statuten und wurden die beiden bewährten bisherigen Vertreter, Eigentümer D. Lange und G. Templin einstimmig wiedergewählt.

Anders war es in der ersten Abtheilung. Die beiden alleinigen, unserer Ansicht nach aber nicht stimmfähigen Wähler nötigten den Vorsitzenden des Wahlvorstandes, Herrn Gienow, zu sich in einer Ecke des Zimmers, woselbst eine geheime Diskussion abgehalten wurde. Als demnach einer der Beisitzer des Wahlvorstandes, Herr Gerichtsmann Lange, die Prüfung der Legitimationen der beiden Wähler verlangte, gaben dieselben jeder ein Papier an den Vorsitzenden ab, welcher dieselben annahm, aber die Vorlesung und Prüfung der Schriftstücke mit dem Bemerkten ablehnte, daß er dies nicht für nöthig halte. Nachdem hierauf der genannte Beisitzer gegen die Zulassung der Herren zur Wahl protestirte, ignorirte Herr Gienow diesen Protest gänzlich, indem er nicht, wie vorgeschrieben, darüber abstimmen ließ. — Die beiden Herren wählten, und zwar den Direktor Stiel und den Obermüller Zieler, welcher letzterer sich bisher ebenso wenig wie Herr Stiel über seine Stimmfähigkeit ausgesprochen hat und ebenfalls in der ganzen Wählerliste nicht verzeichnet steht. — Nach diesen Vorgängen fühlte sich der mehrfach erwähnte Herr Lange veranlaßt, gegen die Gültigkeit des ganzen Wahlaktes zu protestiren und die Vollziehung des Wahlprotokolls zu verweigern; Herr Gienow ließ sich indessen dadurch nicht stören und schloß das Protokoll ab. Wie wir hören, ist die Sache aber damit keineswegs zu Ende. Da jetzt ein Spezialfall vorliegt, in welchem die Züllichower Altiengeellschaften sich bei der Wahl durch einen Nichtgrundbesitzer betheiligen zu können glaubten, so wird jetzt die Wahl im Instanzenzuge angegriffen werden. Da es sich dabei um wesentliche Interessen handelt, so darf man wohl gespannt sein, ob es auf Grund des Züllichower Ortsstatuts gelingen wird, die Wahl als ungültig kassiren zu lassen und damit die Leitung der Züllichower Gemeindeangelegenheiten in andere Hände zu bringen.

„Wer Anderen eine Grube gräbt, fällt selbst hinein“ sagt ein altes Sprichwort, dessen Wahrheit der Handelsmann G. n. h. l. a. f. f. zu Torgelow auch an sich erfahren mußte. Derselbe betreibt einen Handel mit Kurz- und Glaswaaren, mit denen er bei öffentlichen Lustbarkeiten aussteht und um dieselben wetteifern läßt. So hatte er auch am 3. Juli v. J. seine Würfelbälle auf dem Schützenplatz zu Torgelow aufgeschlagen, neben ihm hatten jedoch verschiedene Konkurrenten ihren Stand errichtet und bemüht sich gleichfalls, das Publikum heranzulocken. Diese unliebsame Konkurrenz mochte G. n. h. l. a. f. f. verdrießen und er machte daher einem Polizeibeamten die Anzeige, daß seine Konkurrenten ohne polizeiliche Erlaubniß auf dem Platze erschienen wären. In Folge dieser Anzeige wurden Nachforschungen angestellt, welche sich jedoch nicht allein auf die Konkurrenten beschränkten, sondern auch auf G. n. h. l. a. f. f. ausgedehnt wurden und es stellte sich heraus, daß derselbe zwar eine polizeiliche Erlaubniß zum Zellbieten seiner Waaren hatte, aber nicht zum Auswürfeln derselben. Nun kehrte sich der Spiel um und gegen G. wurde Anklage wegen unerlaubter Veranstaltung von Glücksspielen erhoben. In der Sonnabend-Sitzung der Strafkammer des hiesigen Landgerichts stand deshalb Termin an, da G. jedoch den Einwand machte, daß er seine Waaren nicht ausgespielt, sondern nur verkauft und er die Würfel nur zur Bequemlichkeit des Publikums angeschafft hätte, wurde die Sache behufs Zeugenvernehmung vertagt.

## Kunst und Literatur.

Theater für heute. Stadttheater: „Die Aftanerin.“ Oper 5 Akten.

## Bemischtes.

Wie eifrig manche Reg. pfarrer für das geistige und leibliche Wohl ihrer Pfarrkinder besorgt sind, mag man daraus erkennen, daß einzelne derselben auch die alleinigen Kaufleute ihrer Gemeinde sind. Ihre Häuser sind demgemäß kleine Bazare, in welchen der schwarze Geißel in seiner freien Zeit hinter dem Ladentische steht und seine Kunden mit guter Waare „human und billig“ versorgt.

(Telegraphen-Stücklein.) Man sendet dem „N. J.“ aus Wien die Darstellung einiger Duiproquos, wie sie der Telegraph zu verschulden pflegt; der Einsender, welcher ein Fachmann ist, hat es besonders scharf auf die Telegraphistinnen abgesehen, denen er Zerstreutheit und zu geringe Kombinationsgabe vorwirft. Vor einiger Zeit erhielt ein Outebesser in der Nähe von Wien durch eine Lokal-Telegraphen Station eine Depesche mit folgendem kuriosen Inhalte: „Ich bin toll und Mutter und

grüße Dich. Elisabeth.“ Diese Depesche war von seiner Schwester, einer sehr ernstlichen, jung verheiratheten Frau, und er erschrak heftig über diese verrückte, so ganz und gar nicht zum Charakterbilde der Absenderin passende Depesche. „Ist sie toll geworden?“ fragte er sich ernstlich und schrieb ihr und ihrem Manne einen ziemlich strengen Brief über die Grenzen des im telegraphischen Verkehr Erlaubten und dergleichen mehr. Nun wurde er aber für toll gehalten, denn Elisabeth behauptete, telegraphirt zu haben: „Ich bin wohl und munter.“ — Ferner war eines Tages ein Herr v. G. genöthigt, seiner Tante in B. einen Besuch zu machen, und er telegraphirte ihr: „Liebste Tante, ich komme morgen; sei so gut und sende mir Deinen Wagen zur Bahn.“ Als er ankam, wurde er mit großem Gelächter empfangen. Auch bei Tische lachte Jeder bei seinem Anblicke. Er bat um Aufklärung über die Gründe dieser Heiterkeit, und man gab ihm seine Depesche, deren Schluß zu seinem Erstaunen jetzt lautete: „Send mir Deinen Wagen zur Bahn!“ Er lachte mit und überzeugte sich später, daß ihn ein weiblicher Kobold gemaht hatte. Es ließen sich noch viele ergötzliche Beispiele von weiblicher Zerstreutheit anführen. Eine Dame schreibt ohne Weiteres im „Kopf“ einer Depesche: „Rottemann“ und in der Adresse, wenn zwei Punkte ausbleiben: „Tottemann“ oder statt Aden bei der leichten Verschiebung der Zeichen: Wien. Es dürfen ihr in dem Worte Herrenhaus nur zwei Punkte ausbleiben und sie schreibt „Trennhaus“, was thatsächlich vorgekommen ist. Der Einsender behauptet auch, in Depeschen statt Prager Bank — „Papierbank“, statt Seebäuer — „Seeräuber“, statt Glas-handlung — „Grashandlung“, statt Vize-Bürgermeister — „Kuhwasenmeister“, statt Forstdirektion — „Froschdirektion“ gelesen zu haben. Der Einsender ist schließlich so galant, ein Duiproquo anzuführen, bei welchem ausnahmsweise männliche Zerstreutheit die Schuld trug. Die Abkürzung für „Antwort bezahlt“ steht bekanntlich vor der Adresse und lautet gewöhnlich: „Ant. bez.“ Daraus machte nun eines Tages ein eifriger Manipulant „Anton Bez“ und man suchte nun diesen Herrn Anton Bez acht Tage lang in allen Bezirken Wiens vergeblich.

## Telegraphische Depeschen.

Breslau, 23. Januar. Heute früh brach in den Maschinenräumen der Buchdruckerei der „Breslauer Morgenzeitung“ auf bisher noch nicht ermittelte Weise Feuer aus, durch welches sämtliche Maschinenräume vernichtet wurden, während die Druckmaschinen erhalten blieben. Bei den Rettungsarbeiten wurde ein Feuerwehrmann schwer verletzt.

Wien 23. Januar. Nach offizieller Mittheilung fanden am 20. d. in Dubrava Zusammenrottungen statt. Der Gensdarmereiposten in Glavicevo wurde von angeblich 150 Insurgenten zurückgedrängt und traf in Konjica ein; die Insurgenten gingen gegen Konjica vor. Bei Bratlo stehen etwa 1000 Insurgenten, in Zagorje zwischen Ulof und Kalinovic etwa 500 mit Einbergewehren und 100 mit Harken bewaffnete Insurgenten unter Führung des Scharas Lunzias. Die Banden suchen durch Verröthung weitere Gebiete zu insurgiren. Die in Folge des Angriffs auf die Gensdarmerei in Kalinovic von Joca abgesandten 3 Kompagnien fanden am 19. d. Bratlo-Karaula von 200 Insurgenten besetzt, welche bei dem Vorrücken der Truppen zurückgingen. Ein Jägerbataillon stieß am 18. d. Mts. bei einer Rekognosirung gegen Ulof auf eine ausgedehnte Wachenlinie der Insurgenten, welche zurückgeworfen wurde.

Wien, 23. Januar. Wie aus Trebinje verlautet, hat bei Bilel ein heftiges Gefecht zwischen einer Kompagnie des 67. Regiments (Ritter von Schmerling) mit Asmann Bey stattgefunden. Bei der Verfolgung der Aufständischen hätten dieselben ihre Verwundeten zurückgelassen. Unter den Todten soll sich Svetozar Anggelies befinden.

Der in Metkovich seitens der Behörde sistirte Güterverkehr von Mostar nach Serajewo ist wieder freigegeben, da die Straße ganz sicher ist.

Wien, 23. Januar. Bürgermeister Dr. Newald wird morgen seine Demission einreichen.

Prag, 23. Januar. Die Schlussverhandlung in dem Prozesse gegen 31 Arbeiter wegen Majestäts-Beleidigung hat begonnen; der Gerichtshof beschloß, die Verhandlung mit Ausschluss der Öffentlichkeit zu führen.

Paris, 22. Januar. Die türkische Botschaft demontirt in formeller Weise die Gerüchte, daß der Sultan die Absicht habe, den Bey von Tunis abzusetzen und Ali Ben Kalifa zu seinem Nachfolger zu ernennen, sowie daß die Verhandlungen im Prozeß Roustan ins Arabische übersetzt und in Tausenden Exemplaren nach Tripolis und Tunis geschickt werden sollen.

Aus Panama wird die bei der Station Emperador unter Theilnahme der Behörden erfolgte Eröffnung der ersten Werftstätte für den Kanalbau gemeldet; die erste Lokomotive ist auf der Werftstätte angekommen.

Rom 22. Januar. Garibaldi hat mit seiner Familie eine Villa am Posilippo auf 3 Monate bezogen. Garibaldi erhält auf Wunsch keine Besuche; sein Befinden ist ziemlich gut.

Petersburg, 22. Januar. Dem „Golos“ zufolge hat die Regierung beschlossen, in allen drei baltischen Provinzen eine Revision durch Senatoren ausführen zu lassen, wie solche in anderen Gouvernements stattgefunden hat.

Petersburg, 23. Januar. Die hiesige Duma beschloß, den Newskyprospekt vom Antischowpalais ab bis zur Moskowskistraße probeweise mit elektrischem Lichte beleuchten zu lassen.